# Frankreich Françoise de La Serre / Christian Lequesne

Die Regierungskonferenz ist in Frankreich in einem politischen Kontext verlaufen, der durch mindestens vier Ereignisse oder allgemeine Tendenzen charakterisiert ist. (1) Die letzten Tage der Verhandlungen wurden vom Wechsel der Regierungsmehrheit infolge des Sieges der Linken bei den Parlamentswahlen im Juni 1997 geprägt, was den Weg für die "Kohabitation" (die dritte seit 1986) zwischen dem gaullistischen Präsidenten Chirac und dem sozialistischen Premierminister Jospin freimachte. Der neue sozialistische Premierminister konzentrierte sich eher auf die WWU, die nicht direkt auf der Tagesordnung der Regierungskonferenz stand, als auf die Reform der Institutionen, um seine Positionen deutlich von denen der Vorgängerregierung abzuheben. (2) Alle politisch Verantwortlichen waren - der Rechten wie der Linken - während der Regierungskonferenz darum bemüht, nicht zu sehr die tiefe Uneinigkeit über die europäische Konstruktion aufkommen zu lassen, die das Maastricht-Referendum von 1992 innerhalb der französischen Gesellschaft enthüllt hatte. Seit dem Abschluß des Europäischen Rates von Amsterdam hat Präsident Chirac präzisiert, daß "der Vertrag von Amsterdam nicht eine solche Veränderung mit sich bringt, als daß ein Referendum für seine Ratifizierung gerechtfertigt erscheint". (3) Die Schwierigkeit Frankreichs, sich mit Deutschland über mehrere wesentliche Punkte der Verhandlung zu einigen, hat den Ablauf der Regierungskonferenz geprägt; unausgesprochener Bestandteil war der französische Hang, sich in einigen institutionellen Reformen ambitionierter zu zeigen als Bonn. (4) Die rückläufige Tendenz Frankreichs, die "gemeinschaftliche Methode" mit der "intergouvernementalen Zusammenarbeit" koexistieren zu lassen, wurde in der Verhandlung zum Vertrag von Amsterdam bestätigt. Sie hat vor allem dazu geführt, daß Paris nicht den intergouvernementalen Charakter der GASP und somit die Struktur des Vertrages von Maastricht in Frage zu stellen wünschte.

### Die Regierungskonferenz: mäßiger Erfolg für die französischen Vorschläge

Nach Meinung der nicht-französischen Unterhändler hat sich Paris bemüht, den Debatten innerhalb der Regierungskonferenz regelmäßig durch konstruktive Vorschläge Nahrung zu geben, die allerdings bei weitem nicht alle im Schlußpaket von Amsterdam enthalten sind. Wie bereits während der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht sprach sich Frankreich zunächst für eine Erhöhung der Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft in den neuen Bereichen aus. Hierbei können "traditionelle" französische Forderungen von neuartigen Anliegen unterschieden werden.

Zu ersteren gehört die Aufnahme eines Kapitels über Beschäftigung als Gegengewicht zu den entsprechenden Dispositionen der WWU, die im Vertrag von Maastricht enthalten sind. Obgleich die in Amsterdam beschlossenen Beschäftigungsmaßnahmen lediglich Einladungen an den Rat sind, jedes Jahr die nationalen Politiken zu prüfen, bezeichnen sie deswegen nicht weniger eine starke politische Bedeutung in einem Land, in dem die öffentliche Debatte häufig als eine Vermischung von einheitlicher Währung und Arbeitslosigkeit erscheint. Mit der Eröffnung des europäischen Rates von Turin im März 1996 hat Präsident Chirac daher seinen Partnern ein Memorandum über eine Sozialpolitik vorgestellt, die neben anderen Maßnahmen zu einer besseren Nutzung der europäischen Sozialfonds zugunsten der Beschäftigung aufruft. Zu diesem Thema hat die Regierung Jospin ebenfalls eine Überarbeitung des "Paktes zur Stabilität und zum Wachstum" des Europäischen Rates von Amsterdam gewünscht. Als ein Land, in dem die Intervention des Staates in das wirtschaftliche und soziale Geschehen stets ein starker "Markierer" der "citoyenneté" war, bestand Frankreich zudem darauf, daß ein Artikel, der die Rolle der öffentlichen Dienstleistungen bei der Förderung der sozialen und territorialen Kohärenz der Union unterstreicht, in den Vertrag aufgenommen wird. Schließlich hat der Wunsch, den Sonderstatus der Überseegebiete (DOM-TOM) gegenüber dem Gemeinschaftsrecht zu bewahren (insbesondere in den Bereichen Zoll und Steuern), Frankreich veranlaßt, sich einer spanischen und portugiesischen Initiative anzuschließen, damit das Recht, spezifische Maßnahmen zugunsten von außerperipheren Regionen durchzuführen, vom Rat formell anerkannt wird (neuer Artikel 227 Abs. 2 EGV).

Zu den jüngsten Entwicklungen gehört die Akzeptanz einer Vergemeinschaftung gewisser Dispositionen über den freien Personenverkehr, die Frankreich in den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag noch in den Bereich der intergouvernementalen Kooperation eingeführt sehen wollte: Kontrolle der Außengrenzen, Asyl, Einwanderung. Diese Vergemeinschaftung gewisser Elemente des Dritten Pfeilers scheint für Frankreich allerdings nur insoweit akzeptabel, als seine komplette Realisierung erst in fünf Jahren vorgesehen ist und der Vertrag präzisiert, daß diese Vergemeinschaftung "nicht die Ausübung der Verantwortlichkeiten beeinträchtigt, die den Mitgliedstaaten bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit obliegen". Das französische Insistieren auf die explizite Bezugnahme auf den Imperativ der Sicherheit erklärt sich mit dem politischen Kontext, in dem eine rechtsextremistische Partei, die Nationale Front, fast 15% der Stimmen in nationalen Wahlen für sich vereint, indem sie unter anderem behauptet, daß die Öffnung der Grenzen in Europa sich durch ein Anwachsen der Kriminalität und des Terrorismus in Frankreich bemerkbar macht.

Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die gemeinschaftlichen Institutionen in der Perspektive der kommenden Erweiterungen auf die mittel- und osteuropäischen Länder zu reformieren, hatte die Regierung Juppé vorgeschlagen, daß die Anzahl der Kommissare auf ein Dutzend Ressorts zu reduzieren, um ein effizienteres Funktionieren des Kollegiums und die Konsolidierung des Vorschlagsrech-

tes im Geiste der Verträge zu ermöglichen. In dieser Hinsicht zögerte der Minister für europäische Angelegenheiten, Michel Barnier, nicht mit einer Bestätigung, daß Frankreich bereit wäre, auf ein Ressort im nächsten Kollegium zu verzichten. Obwohl dieser Vorschlag zum Ziel hat, die Unabhängigkeit der Kommission zu verstärken, wurde er von den meisten der "kleinen" Staaten abgelehnt und hat während der Konklave von Noordwijk am 23. Mai 1997 auch nicht die Unterstützung Deutschlands bekommen. Die negative Antwort der "Kleinen" erklärt sich dadurch, daß diese befürchtet haben, gleichzeitig die Last des Verlustes ihrer Kommissare und die Reform der Stimmgewichtung im Rat auf sich nehmen zu müssen, was den "großen" Staaten mehr Gewicht geben würde. Frankreich hätte sich gewünscht, daß die zwei Reformen parallel durchgeführt werden und hat daher in Amsterdam das Projekt einer Stimmgewichtsverteilung von 3 bis 25 Stimmen (im Gegensatz von 2 bis 10 gegenwärtig) unterstützt, das von den meisten der "kleinen" Staaten abgelehnt wurde. Über die Reform der Stimmgewichtung hinaus verfolgte Paris eine offene Haltung in der Frage der Ausweitung der qualifizierten Mehrheit auf neue Bereiche im ersten Pfeiler. Auf dem Europäischen Rat in Amsterdam zeigten sich Chirac und Jospin schneller als Kohl bereit, diese Ausweitung auf die Kulturpolitik oder die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu akzeptieren. Obwohl die Verstärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes nie - im Gegensatz zu Deutschland und Italien - französische Priorität war, wandte sich Paris im Prinzip nicht gegen eine Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens auf neue Bereiche, schloß allerdings die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) davon aus. Auf die Anerkennung Straßburgs als der "Hauptstadt" des EP beharrend, hat die französische Regierung weiterhin Wert darauf gelegt, daß die Entscheidung über die Sitze, wie auf dem Europäischen Rat von Edinburgh im Dezember 1992 festgelegt, in einem Protokoll im Anhang des Vertrages aufgenommen wird. Schließlich hat Frankreich, getreu seiner Besorgnis, die es schon in Maastricht hatte, während der Regierungskonferenz zugunsten eines Ausgleiches der Kompetenzen des EP durch eine engere Anbindung der nationalen Parlamente an den Entscheidungsprozeß plädiert. Der Vorschlag von Michel Barnier, der zu Beginn der Regierungskonferenz zur Bildung einer Art gemeinschaftlichen Organs aufrief, das die nationalen Parlamente vereint, wurde aus Mangel an Unterstützung der anderen Delegationen jedoch schnell abgeschmettert. Frankreich mußte sich daher mit einem Protokoll im Anhang des Vertrages begnügen, das der "Konferenz der für gemeinschaftliche Angelegenheiten zuständigen Parlamentsorgane" (COSAC) das Recht zuspricht, Positionen den Institutionen der Europäischen Union vorzulegen, insbesondere was die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips oder Sicherheits- und Justizaspekte betrifft.

Wenn sich auch die Spannungen zwischen Paris und Bonn bei der Zusammenstellung der Kommission oder auch bei der Revision der Stimmgewichtung im Rat deutlich zeigten, so ist es hingegen auf eine gemeinsame Initiative der beiden Länder zurückzuführen, daß in den Vertrag eine Klausel der "Engeren Zusammenarbeit" aufgenommen wurde, die es einer begrenzten Gruppe von Mitgliedstaaten

erlaubt, im Integrationsprozeß voranzuschreiten, ohne die anderen Partner abzuwarten. Als wichtigster Beitrag im Zuge der Vertiefung der Union dargestellt, hatte der Brief über die engere Zusammenarbeit, adressiert an die Präsidentschaft des Europäischen Rates von den Außenministern Kinkel und de Charette am 17. Oktober 1996, bereits einige der wesentlichen Prinzipien zum Inhalt, die im Vertrag von Amsterdam aufgenommen wurden: Koexistenz einer Generalklausel mit Komplementaritätsklauseln pro Säule, Bewahrung des institutionellen Rahmens, Notwendigkeit der Respektierung des acquis communautaire, etc.<sup>1</sup>

Ohne jemals den intergouvernementalen Charakter der GASP in Frage zu stellen, hat Frankreich mehrere Vorschläge in diesem Bereich auf der Regierungskonferenz eingebracht. Auf institutioneller Ebene hat Paris zunächst die Einsetzung eines "Monsieur oder Madame GASP" vorgeschlagen. Für Paris hätte diese Persönlichkeit dem Rat in allen Fragen der GASP assistiert und zusammen mit der Präsidentschaft und dem zuständigen Kommissar die Vertretung der Union auf Basis des Mandates des Rates gesichert. Sie hätte ebenfalls mit Rederecht an den Treffen der für die GASP zuständigen Unionsorgane teilgenommen und eventuell die Präsidentschaft des Politischen Komitees übernommen. In diesem Vorschlag läßt sich eine auf dem Rückzug befindende französische Idee wiederfinden, nach der die Personifizierung der Institutionen deren Effizienz und Rechtmäßigkeit erhöht. Im gleichen Sinne hatte Valéry Giscard d'Estaing in den achtziger Jahren die Nominierung eines Präsidenten Europas durch den Europäischen Rat vorgeschlagen - wobei er sich sicherlich nicht gegen die Ausübung einer solchen Befugnis gesträubt hätte. In Anbetracht des stark politischen Profils des "Monsieur oder Madame GASP" und den Risiken der institutionellen Konkurrenz, die dies für die Präsidentschaft des Rates und die Kommission mit sich bringen würde, haben nur wenige Staaten diesen Vorschlag unterstützt. Die Debatten, die der französische Vorschlag innerhalb der Regierungskonferenz ausgelöst hat, haben letztendlich zu einer Formel geführt, die Frankreich ursprünglich vermeiden wollte: die Funktionen eines hohen Vertreters für die GASP einem Beamten anzuvertrauen, in dem Fall dem Generalsekretär des Rates.

Was die Abstimmungsregelungen im Rat im Bereich der GASP anbelangt, so hat Frankreich zusammen mit Deutschland die Idee verteidigt, daß Einstimmigkeit das grundsätzliche Entscheidungsprinzip bleiben muß. Es hat jedoch darauf bestanden, daß der Mechanismus einer "konstruktiven Enthaltung" eingeführt wird, der es einem Mitgliedstaat erlaubt, einer gemeinsamen Aktion nicht zuzustimmen, ohne jedoch die anderen Mitgliedstaaten der Union daran zu hindern, sich zu engagieren.<sup>2</sup>

Die französischen Positionen haben sicherlich in der Frage der europäischen Verteidigung in Amsterdam den größten Rückschlag erlitten. Getreu seiner Position, die es schon in Maastricht verteidigt hatte, hat Frankreich, zusammen mit Deutschland, Italien, Spanien, Belgien und Luxemburg am 27. März 1997 einen Vorschlag eingereicht, der vorsah, in den Vertrag die Fusion von WEU und Europäischer Union in drei Etappen aufzunehmen.<sup>3</sup> Dieser Vorschlag beinhaltete insbeson-

dere eine Beistandsgarantie entsprechend dem Artikel V WEUV in der dritten Etappe für diejenigen Staaten, die es wollen. Vor dem Hintergrund einer deutlichen Opposition der Briten, aber auch der Schweden gegenüber jeglicher konkreter Fusionsperspektive hat sich Frankreich in Amsterdam mit einem generellen Engagement zugunsten der "Etablierung von engeren institutionellen Beziehungen mit der WEU im Hinblick auf eine eventuelle Integration der WEU in die Union, wenn der Europäische Rat entsprechend entschieden hat", zufrieden gegeben. Die auch von den neutralen Mitgliedstaaten unterstützte Idee, die "Petersberger Aufgaben" (humanitäre und Evakuierungsmissionen, friedenserhaltende Maßnahmen, Krisenmanagement) in den Vertrag zu verankern, wurde hingegen festgehalten. Aus französischer Sicht bilden die Modifikationen der die europäische Verteidigung betreffenden Elemente des Kapitels V nicht den Fortschritt, den sich Paris gewünscht hatte und stellen vielmehr einen Rückschritt gegenüber dem Vertrag von Maastricht dar. Staatspräsident Chirac erntete daher also nicht die Vorteile seiner Annäherungspolitik gegenüber der NATO, die er im Dezember 1995 begonnen hatte und die als Gegenwert eine Konsolidierung der europäischen Verteidigungsund Sicherheitsidentität innerhalb der Atlantischen Allianz vorsah. Die enttäuschenden Ergebnisse der Regierungskonferenz wie auch der amerikanische Widerstand gegen eine Umgestaltung - zugunsten der Europäer - der Kommandostruktur in der NATO sind schlechte Wegbereiter einer schnellen Rückkehr Frankreichs in die integrierten Streitkräfte. Am 27. Juni 1997 kündigte der Sprecher des Quai d'Orsay an, daß die Regierung Jospin eine neue Annäherung an die NATO für unangebracht hält.

### Gemeinsame Währung: Kurs halten, mit einer Auslegung der Kriterien

Die Realisierung der gemeinsamen Währung zum 1. Januar 1999 ist ein politisches Hauptanliegen der Regierung Jospin. Die Umfragen zeigen, daß in Frankreich eine Mehrheit der Bürger, im Gegensatz zu Deutschland, ein positives Bild vom künftigen Euro auch weiterhin haben: 50% im Meinungsbarometer IPSO/Le Monde von März 1997. Innerhalb des Conseil National du Patronat Français (CNPF) bezeugen die großen Unternehmen ebenfalls eine regelmäßige Unterstützung für die gemeinsame Währung. Einige Verkaufszentren wie "Centre Leclerc" haben 1996 eine Sensibilisierungskampagne ihrer Kunden für den Euro gestartet, indem sie eine Woche lang alle Preise ihrer Produkte in nationaler und europäischer Währung ausgehangen haben. Der Erfolg solcher Operationen, von den Medien positiv aufgenommen, zeigt, daß der Austausch des Franc für den Euro als tägliches Zahlungsmittel keine Schwierigkeit für die Mehrheit der französischen Gesellschaft darstellt.

Im Gegensatz dazu ist die strenge Wirtschaftspolitik, die die Einhaltung der Konvergenzkriterien mit sich bringt, weit davon entfernt, Einstimmigkeit in der Rechten wie in der Linken in einem Land hervorzurufen, in dem der Staat traditionell eine wichtige Rolle als sozialer Regulator spielt und in dem 12% der aktiven Bevölkerung 1997 ohne Arbeit war.

Trotz der strengen Maßnahmen, die den Haushaltsentwurf 1997 begleiteten (Reduzierung von 6000-7000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, Infragestellung der Hilfen für Wohnung und Arbeit) blieb die Regierung Juppé mit einem Haushaltsdefizit über der 3%-Marke des BIP, die der Vertrag von Maastricht vorsieht, konfrontiert. Der Planungsstab des Finanzministeriums und die Umfrageinstitute ließen für April 1997 ein Defizit von 3,4% bis 3,5% für das Ende des Haushaltsjahres voraussehen. Die schwierige Verhandlung im Dezember 1996 über den Stabilitätspakt, der auf Initiative Deutschlands vorsieht, die tugendhafte Politik im Bereich des Haushaltsdefizites zu verewigen, konnte gut die Bedenken illustrieren, die die französische Währungskultur auf der anderen Seite des Rheins erweckt. Das schließlich beschlossene Übereinkommen hat die deutschen Forderungen aufgenommen (Sanktionen werden eintreten im Falle von Fehlentwicklungen), doch läßt es einen Spielraum für die französischen Forderungen nach weichen Beurteilungen bei eventuellen Überschreitungen. Den Spielraum der Überschreitung, den Deutschland - für die anderen und eventuell auch für sich selbst - bereit sein wird zu tolerieren, droht sich als fundamental für Frankreich herauszustellen, wenn der Europäische Rat die Entscheidungen zum Übergang zur einheitlichen Währung im ersten Halbjahr 1998 treffen wird. Diese Frage ist zwischen den beiden Ländern um so sensibler, da sie offen die Frage nach der Qualifikation der anderen Staaten wie Spanien und Italien stellt, und damit nach dem künftigen Wert des Euro. Bonn hat diese Länder im Szenario der Vorreiter, die für den Start des Euro privilegiert sind, scheinbar stets beiseite gelassen, während Paris, insbesondere mit der neuen sozialistischen Regierung, sich als Anwalt von deren Teilnahme versteht. Es muß jedoch betont werden, daß Lionel Jospin nicht darauf aus war, während des Europäischen Rates von Amsterdam die festgelegten Konditionen in bezug auf die Haushaltsstrenge im Stabilitätspakt zu schwächen. Seine Forderung hat im wesentlichen darin bestanden, die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit in den Wirtschaftspolitiken zu betonen, indem das Ziel Beschäftigung berücksichtigt wird.

### Erweiterung: Bestätigung des Engagements

"Europa zu bauen, das bedeutet auch in der Erweiterung der Europäischen Union zu reussieren. Dies ist nicht mehr eine vage oder weit entfernte Perspektive. In etwas mehr als einem Jahr dürften die Beitrittsverhandlungen beginnen. Ich wünsche, daß mit dem Jahre 2000 Polen unserer Union beigetreten ist." Diese Aussage von Chirac, formuliert am 12. September 1996 vor der polnischen "Diète" wurde in Erklärungen für die entsprechenden mittel- und osteuropäischen Staaten wieder aufgenommen, die der Präsident 1996 und 1997 besuchte. Sie sind Ausdruck der Entwicklung der französischen Positionen zur Erweiterungsfrage und sie bestätigen den Ausstieg Frankreichs aus dem Dilemma zwischen Erweiterung oder Vertiefung und seinem Entschluß, die Aufnahme neuer Staaten in der Union zu unterstützen.<sup>4</sup>

Paris, das eine kurze und auf das Wesentlichste konzentrierte Regierungskonferenz wünschte, hat sich für eine schnelle Eröffnung der Beitrittsverhandlungen ausgesprochen. In Erwartung der im Juli 1997 von der Kommission vorzulegenden "avis" über jede einzelne Kandidatur der MOE-Staaten, hat sich die französische Regierung für den Ansatz des "Familienphotos" ausgesprochen, der von der gleichen Startlinie für alle Kandidaten ausgeht. Angesichts seiner Situation im wirtschaftlichen und politischen Bereich ist sich Paris jedoch bewußt, daß, erst einmal eröffnet, die Verhandlung nicht im gleichen Rhythmus mit allen Interessierten verlaufen wird und daß der Prozeß der Erweiterung in aufeinanderfolgenden Beitrittszügen abgeschlossen wird. Ähnlich wie in der Frage der NATO-Erweiterung, in der Frankreich ohne Erfolg die slowenische und rumänische Kandidatur unterstützt hatte, ist die Gefahr eines Bruches zwischen den Kandidaten zu unterstreichen, der eine selektierte und limitierte Erweiterung der Europäischen Union auf die Visegrädländer hervorrufen könnte.

In diesem Zusammenhang hat Jacques Chirac, anläßlich der Konferenz der Botschafter im August 1996, die Idee entwickelt, "eine permanente Konferenz einzurichten, die die Fünfzehn und alle Kandidaten versammeln würde". Diese Konferenz würde keinen Verhandlungsrahmen bekommen, sondern sich als ein Forum der Konzertation und des politischen Dialoges verstehen, in dem alle Themen von gemeinsamem Interesse behandelt werden könnten.<sup>5</sup> Die französische Idee besteht also darin, über den "strukturierten Dialog" hinauszugehen, der als zu wenig effizient eingeschätzt wird. Was die Methode anbelangt, so könnte die von Paris vorgeschlagene Konferenz aus jährlichen Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister bestehen. Von besonderem Belang wären die großen Themen der internationalen Politik und der Fortgang der im Rahmen des Stabilitätspaktes unternommenen Bemühungen zur Prävention von Nachbarschafts- und Minderheitenkonflikten. Der wirtschaftliche Bereich könnte Handelsfragen (zum Beispiel im Rahmen der WTO) genauso umfassen wie die Koordinierung nationaler und multilateraler Kooperationen im Rahmen der Heranführungsstrategie.

Wenn die Erweiterung auch als ein politischer Imperativ gesehen wird und als ein fundamentaler Beitrag für die Sicherheit und die Stabilität des europäischen Kontinentes, so stellt sie dennoch vom französischen Standpunkt her eine Serie von Herausforderungen dar, die insbesondere in Verbindung mit der Haushaltsfrage zu sehen sind. So könnte die Erweiterung zur Folge haben, daß Frankreich von seinem Statut als moderater Netto-Beitragszahler zum gemeinschaftlichen Haushalt in eine Situation eines wichtigen Beitragszahlers kommt. Im Hinblick auf die Vorstellung der "Agenda 2000" der Kommission und die Eröffnung der Verhandlung über das "Finanzierungspaket" 2000-2006 scheint die französische Regierung eine realistischere und präzisere Haltung gegenüber den Konsequenzen der Öffnung der Union auf diesem Gebiet einzunehmen. Obschon sie sich gegen eine Erhöhung der Gemeinschaftsausgaben über den aktuellen Plafond von 1,27% des BSP ausspricht, ist die Regierung bereit, Reformen in der Gemeinsamen Agrarpolitik und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu akzeptieren. An die Reform der

GAP sind zwei Auffassungen geknüpft. In erster Linie folgen Regierung und Berufsorganisationen der Kommission in der Auffassung, daß eine reformierte GAP und die Erweiterung kompatibel sind. In zweiter Linie wird die Fortführung der Reform MacSharry - die seit 1992 den französischen Getreidebauern einen hervorragenden "Rückführungsprozentsatz" sichert - als beste Antwort auf die Zwänge der Erweiterung und auf die vertraglichen Bedingungen im Rahmen der WTO gesehen. Was die Zukunft der wirtschaftlichen Kohäsion und der Sozialpolitik anbelangt, so orientieren sich die französischen Überlegungen eher in Richtung einer Umgestaltung des Systems und einer Modifikation der entsprechenden Regeln in den Strukturfonds. Die Ambition besteht darin, die Strukturpolitiken auf die Länder auszuweiten, deren BSP pro Einwohner geringer ist als das der aktuellen Mitglieder der Europäischen Union, ohne diesen die Vorteile eben dieser Politiken völlig vorzuenthalten. Das anvisierte Ziel von Paris besteht seitdem aus zwei Komponenten: einem Kohäsionsfonds und einem Solidaritätsinstrument. Ersterer, statt finanziell besser ausgestattet zu sein, würde eine Kohäsionsstrategie auf nationaler Ebene definieren und nicht mehr auf regionaler Ebene. Letzteres hätte zum Ziel, effiziente und sichtbare Aktionen in den reichsten Ländern zu finanzieren, zum Beispiel transnationale oder interregionale Kooperationsaktionen oder Aktionen, die die benachteiligten geographischen Regionen betreffen.

## Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Melanie Morisse, freie Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

- Vgl. Bulletin quotidien du ministère des Affaires étrangères v. 17.10.1996.
- 2 Vgl. der gemeinsame Brief von Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Chirac an die Präsidentschaft des europäischen Rates

v. 9.12.1996.

- 3 Vgl. Agence europe v. 24/25,3,1997.
- 4 Vgl. La Serre, Françoise de: La France et l'élargissement de l'Union européenne, in: Europa-Europe (Fondazione Istituto Gramsci), Sonderausgabe über Frankreich und die Europäische Union, erscheint im Juli 1997.
- 5 Bulletin des Ministère des Affaires étrangères v. 26.8.1996.

#### Weiterführende Literatur

- Béroud, Sophie, Jean Weydert: Le devenir de l'Europe, Paris 1997.
- Cohen, Elie: La tentation hexagonale, Paris
- Conseil économique et social: L'élargissement de l'Union européenne et ses conséquences
- pour l'économie française, Paris, Mai 1997.
- La Serre, Françoise de, Helen Wallace: Les coopérations renforcées: une fausse bonne idée?, Groupe d'études et de recherches Notre Europe, Nr. 2, Paris 1997.